

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Herausforderungen für die deutsche Entwicklungspolitik vor dem Millennium+5-Gipfel

Tilman Brück
tbrueck@diw.de

Kevin Watkins
kevin.watkins@undp.org

Extreme Armut beeinträchtigt das Leben eines Fünftels der Weltbevölkerung und hält 100 Mill. Kinder jährlich vom Besuch einer Schule ab. In Afrika allein besuchen 45 Mill. Kinder keine Schule, und 313 Mill. Menschen müssen mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen.

Das Jahr 2005 bietet Industriestaaten die Chance, wirksame und kostengünstige Maßnahmen zu ergreifen, um diese Situation nachhaltig zu verändern. Die Welt hat die Wahl zwischen der Fortsetzung der aktuellen Politiken, die zu erhöhter Armut und zusätzlichen menschlichen Leiden führen würden, und der Verabschiedung einer Agenda für menschliche Wohlfahrt und Sicherheit.

Diese Agenda ist in den Millennium-Entwicklungszielen verkörpert, die mit der verstärkten Unterstützung Deutschlands und Europas noch erreicht werden können. Dazu müssten die Staats- und Regierungschefs auf dem G 8-Gipfel in Gleneagles und dem Millennium+5-Gipfel in New York in diesem Sommer die richtigen politischen Entscheidungen verabschieden. Der vorliegende Bericht präsentiert eine Analyse, die als Grundlage für die Diskussionen und die Entscheidungen dieser Gipfel dienen kann. Deutschland könnte in den Schlüsselbereichen Entwicklungshilfe, Handelspolitik und menschliche Sicherheit eine international bedeutende Rolle übernehmen und somit glaubwürdig innerhalb der G 8-Staaten, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen für weitere Reformen zur Senkung der Armut werben.

Weltweite Armut als politische Herausforderung

Armut ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine massive politische Herausforderung. Statistiken allein können den Umfang und die menschliche Tragödie absoluter Armut kaum erfassen. Aber einige Statistiken kommen der Sache näher als andere.

Innerhalb der nächsten Stunde werden 1 200 Kinder sterben.¹ Einige werden an Malaria sterben, einige an Lungenentzündung, einige an Tetanus und wieder andere an weiteren Krankheiten. Fast all diese Todesfälle können auf Armut zurückgeführt werden. Es ist dieselbe Ursache, die dazu führt, dass heute 115 Mill. Kinder weltweit keine Schule besuchen, von denen 45 Mill. Kinder in Afrika leben.² Über eine Milliarde Menschen müssen von weniger als einem US-Dollar

Unterentwicklung
grassiert
weiter

¹ UNICEF: State of the World Children. New York 2005, Table 1.

² UNICEF: Progress for Children: A Report Card on Gender Parity and Primary Education, No. 2. New York 2005.

Königin-Luisen-Strasse 9

14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0

Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de

postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 23/2005

72. Jahrgang/8. Juni 2005

Inhalt

Herausforderungen für die deutsche Entwicklungspolitik vor dem Millennium+5-Gipfel
Seite **371**

Kasten

Die Kooperation zwischen dem Human Development Report Office und dem DIW Berlin

Der vorliegende Wochenbericht ist in Zusammenarbeit zwischen dem „Human Development Report Office“ (HDRO) in New York und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) entstanden. Der *Human Development Report* ist eine unabhängige jährliche Publikation. Er wird von der UNDP in Auftrag gegeben und von einem Team von Wissenschaftlern, Praktikern und Mitarbeitern des HDRO erstellt; sein Leiter ist Kevin Watkins.

Am DIW Berlin werden entwicklungspolitische Fragen u. a. in dem von ihm mitbegründeten internationalen Projekt „Households in Conflict Network“ (www.hicn.org) untersucht.

Die Themen des nächsten *Human Development Report* werden auch auf der internationalen Fachtagung „Entwicklungszusammenarbeit, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt: Die Agenda des Millennium+5-Gipfels“ am 9. Juni 2005 in Berlin erörtert.

Die Ausgabe des vorliegenden Wochenberichts fasst die wichtigsten Aussagen in den Bereichen Entwicklungshilfe, Handelspolitik und Sicherheit zusammen und diskutiert mögliche deutsche und europäische Beiträge in diesen Politikbereichen.

pro Tag leben – ein Existenzniveau, das so ungenügend ist, dass es eine Gefahr für das Überleben darstellt.³

Der Umfang der weltweiten Armut sowie ihre wahren Ursachen werden in reichen Ländern nur unzureichend wahrgenommen.

Ende des vergangenen Jahres brachte das Fernsehen Bilder einer der schlimmsten humanitären Katastrophen, die die Welt je gesehen hatte, in die Wohnzimmer der Menschen in den reichen Ländern. Der Tsunami, der die Küsten des Indischen Ozeans im Dezember 2004 verwüstete, fügte den Menschen in allen betroffenen Regionen, aber auch vielen Familien in den nördlichen Ländern, ungeheures Leid zu, wobei Deutschland besonders hart getroffen wurde. Er diente als Anlass und Katalysator für eine vorbildhafte humanitäre Reaktion und globale Solidarität. Kurz nachdem der Tsunami zugeschlagen hatte, setzte die größte internationale Hilfsaktion aller Zeiten ein und zeigte, was erreicht werden kann, wenn die internationale Gemeinschaft sich für ein großes gemeinsames Unterfangen stark macht. Deutschland nahm die Herausforderung an und sagte innerhalb weniger Tage eine Soforthilfe in Höhe von 40 Mill. US-Dollar zu.

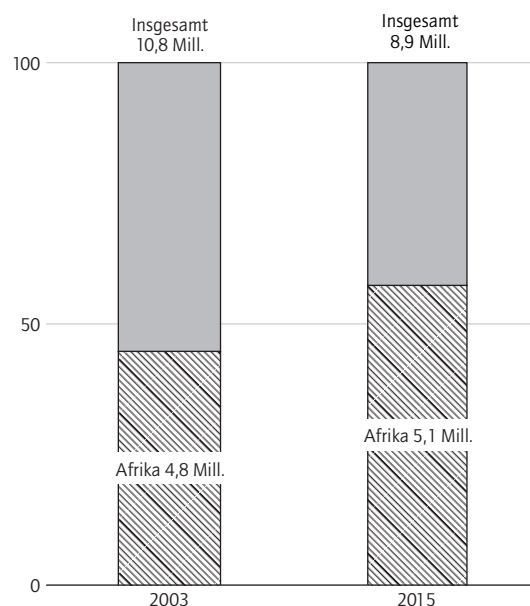
Unterdessen entspricht die Zahl der Todesopfer unter Kindern in Afrika einem Ausmaß, als würde dort einmal monatlich ein solcher Tsunami wüten. Im Gegensatz zum echten Tsunami ist hier der Armut-Tsunami jedoch voraussehbar. Nicht nur das – er ist sogar vermeidbar, denn es gibt Alternativen. Die Welt lässt ihn jedoch geschehen.

„Armut-Tsunamis“ in Afrika

Abbildung 1

Prognose: Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren

Anteil Afrikas südlich der Sahara an der gesamten Sterblichkeit in %



Quellen: United Nations: World Population Prospects 1950–2050: The 2002 Revision. Database. Department of Economics and Social Affairs. New York 2003; UNICEF: State of the World Children. New York 2001; Berechnungen des HDRO.

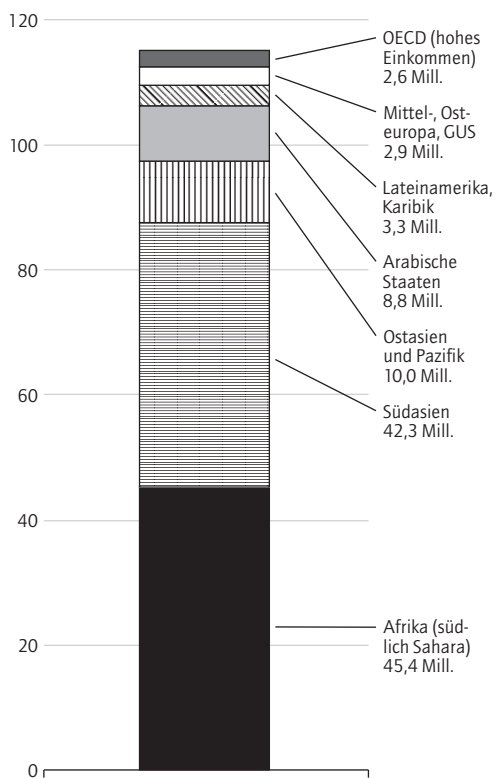
HDRO & DIW Berlin 2005

³ World Bank: Global Economic Prospects 2005: Trade, Regionalism, and Development. Washington, D.C. 2004.

Abbildung 2

Kinder ohne Schulbildung – meist in Afrika und Südasien

In % aller Kinder ohne Schulbildung



Quelle: UNESCO Institute for Statistics, correspondence on gross net enrolment ratios and survival rates to grade. Montreal, 5. Mai 2005.

HDRO & DIW Berlin 2005

Die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015

Im September dieses Jahres werden die Weltregierungen auf dem Millennium+5-Gipfel den fünften Jahrestag der Millennium-Erklärung bei der UNO-Generalversammlung feiern und den Fortschritt bei der Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele beurteilen.

Anlässlich dieses Gipfels arbeitet das Human Development Report Office (HDRO) des United Nations Development Programme (UNDP) derzeit an einer länderspezifischen Bewertung des Fortschritts bei der Erfüllung mehrerer dieser Millenniumsziele (Kasten). Sie wird kurz vor der Generalversammlung veröffentlicht werden, und zwar zusammen mit einer Prognose von aktuellen Armutstrends bis zum Jahr 2015. Diese Trendanalysen helfen aufzuzeigen, wie die Welt im Jahre 2015 aussehen könnte, wenn die Entwicklungspolitik keinen Kurswechsel vornimmt.

Dies hätte besonders schwerwiegende Auswirkungen auf Afrika. So würde Afrika im Jahre 2015 mit etwa 20 % der weltweiten Geburten etwa 60 % der Todesfälle bei Kindern aufweisen.⁴ Kein einziges bevölkerungsreiches Land Afrikas erreicht das Ziel der Millennium-Entwicklungsziele, die Todesfälle bei Kindern um zwei Drittel zu reduzieren (Abbildung 1).⁵

Außerdem werden in Afrika im Jahre 2015 rund 20 Mill. Kinder keine Schule besuchen – eine Aussicht, die das Erreichen des Entwicklungsziels der allgemeinen Grundschulbildung wahrscheinlich verhindern wird (Abbildung 2).⁶

Um das Entwicklungsziel der Halbierung der Einkommensarmut zu erreichen, müsste das Pro-Kopf-Einkommen in Afrika jährlich um 4 bis 5 % steigen, was unter den gegebenen Umständen nur für eine Hand voll Länder im Bereich des Möglichen liegt. UNDP schätzt, dass – ohne zusätzliche Maßnahmen – etwa 353 Mill. Menschen in Afrika 2015 immer noch von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben werden, im Vergleich zu 133 Mill. Menschen, wenn zusätzliche Anstrengungen unternommen würden. Der Unterschied zwischen unveränderten Entwicklungsanstrengungen der Weltgemeinschaft und dem Erreichen des Millennium-Entwicklungsziels, die extreme Armut weltweit zu halbieren, sind also 219 Mill. Menschen in Afrika, die im Jahre 2015 nicht in extremer Armut leben müssen (Abbildung 3).⁷

Mehr Armut ohne zusätzliche Hilfe für Afrika

Extreme Armut kann also effektiv reduziert werden. Einerseits würde eine bessere Innenpolitik – von wirtschaftlichen Reformen über eine Verpflichtung für armutsorientierte Staatsausgaben bis zu Antikorruptionsstrategien – die Schaffung von vorteilhaften Startbedingungen gerade in Afrika unterstützen. Einige der ärmsten Länder der Welt – z. B. Vietnam und Bangladesch – haben im letzten Jahrzehnt gezeigt, dass es möglich ist, mit diesen Maßnahmen schrittweise Erfolge bei der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen zu erreichen.

Andererseits ist es jedoch völlig klar, dass gerade afrikanische Länder nur mit politischen und strukturellen Reformen die Millennium-Entwicklungsziele nicht erreichen werden und dass diese Staaten somit von höheren Zuwendungen abhängig sind.

⁴ Vgl. United Nations: World Population Prospects 1950–2050: The 2002 Revision. Department of Economics and Social Affairs, Population Division. New York 2003; UNICEF: State of the World Children 2001. New York 2001.

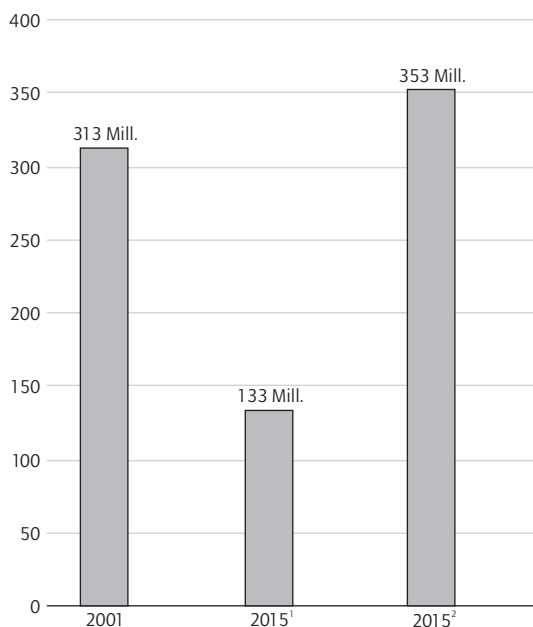
⁵ UNESCO Institute for Statistics, Montreal, Mai 2005.

⁶ UNICEF, Progress for Children, a. a. O.

⁷ Berechnungen des HDRO im Jahre 2005 auf der Basis des Weltbank-Programms „PovCal: A Programme for Calculating Poverty Measures from Grouped Data“ (www.worldbank.org/lsmstools/povcal).

Abbildung 3

Bevölkerung Afrikas südlich der Sahara mit einem Verdienst von weniger als 1 US-Dollar pro Tag
2001 und Prognose für 2015



1 Mit zusätzlichen Maßnahmen: Millenniumsziel der Halbierung der extremen Armut erreicht.
2 Ohne zusätzliche Maßnahmen: Millenniumsziel der Halbierung der extremen Armut verpasst.

Quellen: World Bank, PovCal: A Programme for Calculating Poverty Measures from Grouped Data, www.worldbank.org/lsmc/tools/povcal; Berechnungen des HDRO.

DIW Berlin 2005

Die Folgen eines Scheiterns des Millennium-Entwicklungsprojekts werden in Afrika selbst am stärksten zu spüren sein. Die reichen Länder sind jedoch nicht immun gegenüber wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Afrika. In einer globalisierten Welt verbreiten sich die Probleme, die aufgrund von Massenarmut entstehen – einschließlich Krankheiten, Krisen, Flüchtlingsströme und Zusammenbrüche schwacher Staaten –, über alle Grenzen.

Der deutsche Beitrag zur Armutsbekämpfung

„Wir haben die Gelegenheit“, schrieb Willy Brandt im Jahre 1979, „die Zukunft der Erde in Frieden und Wohlstand, in Solidarität und Würde zu gestalten.“⁸ Der Bericht seiner Nord-Süd-Kommission für Entwicklung skizzierte eine visionäre Strategie für eine neue, gerechtere und nachhaltigere Weltwirtschaft. Willy Brandt bot mit seinem Bericht politische und intellektuelle Führerschaft zu einem kritischen Zeitpunkt in den Beziehungen zwischen reichen und armen Ländern.

Über 25 Jahre nach dieser wichtigen Initiative ergibt sich erneut die Chance für Deutschland, entwicklungspolitische Impulse zu geben und umzusetzen. Das Jahr 2005 ist ein Jahr der Kommissionen und der Berichte zur Weltentwicklung. Der Millennium-Projektbericht, der Bericht der Afrika-Kommission, die von der britischen Regierung gegründet wurde, und der Bericht des UNO-Generalsekretärs „In größerer Freiheit“ geben eine gemeinsame Vision für die Zukunft unserer Erde wieder.⁹ Jeder dieser Berichte behandelt auf eigene Art und Weise einige der großen Herausforderungen, die aus Armut, Ungleichheit und neuen Sicherheitsbedrohungen in einer durch Globalisierung veränderten Welt entstehen.

Unbeschadet der Stärken dieser Konzepte gibt es zwei Aspekte, die aus deutscher Sicht besonders wichtig in der aktuellen Debatte sind. Erstens hat sich das Tempo der Globalisierung und damit der Bedarf für strukturelle Reformen in den Industriestaaten in den vergangenen Dekaden deutlich erhöht. Darüber sind oft der politische Blick auf die weltweiten Entwicklungsdefizite sowie der politische Wille, gemeinsame Entwicklungsstrategien umzusetzen, verloren gegangen. Das Ergebnis war ein „verlorenes Jahrzehnt“ für die Entwicklung, mit gravierenden Rückschlägen für die Bekämpfung der Armut – nach einer schon schwierigen Periode in den 80er Jahren. Heute besteht die Herausforderung darin, das nächste Jahrzehnt zu einem echten Entwicklungsjahrzehnt zu machen.

Zweitens müssen die reichen Länder gemeinsam wesentlich bessere Führungsqualitäten vorzeigen als bisher, wenn die Millennium-Entwicklungsziele tatsächlich erreicht werden sollen. Auch Länder, die international alleine agieren, können etwas bewirken. Das, was sie erreichen können, ist jedoch begrenzt. Was zur Erreichung der Millenniumsziele benötigt wird, ist ein gemeinsames Agieren der G 8-Staaten und weiterer Industrieländer.

Vor dem G 8-Gipfel im Juni 2005 in Gleneagles, der von den britischen Regierung zum Entwicklungsgipfel erklärt wurde, sollte Deutschland sich in die vordere Reihe der führenden Länder in der entwicklungspolitischen Debatte einordnen. Deutschland hat ein eigenes Interesse daran, die internationale Führung bei der Bekämpfung der Armut und dem Ausbau der internationalen Sicherheit mit zu übernehmen. Ein Teil dieses Interesses kann auf Über-

⁸ Willy Brandt: North-South: A Programme for Survival. London 1980.

⁹ UN Millennium Project: Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals. New York 2005; Commission for Africa: Our Common Interest: Report of the Commission for Africa. London 2005; Kofi Annan: In Larger Freedom: Towards Development, Security and Human Rights for All. Report of the Secretary-General to the General Assembly A/59/2005. New York 2005.

Ausstrahlen der Probleme über Afrika hinaus

Der Nord-Süd-Bericht von 1979

legungen zur Sicherheit zurückgeführt werden. Die Bekämpfung der Armut und die Krisenprävention sind für die Sicherheit Deutschlands genauso wichtig wie militärische Kapazitäten – ein Punkt, der auch im Bericht des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan eingehend behandelt wurde.¹⁰

Abgesehen von den sicherheitspolitischen Überlegungen besteht für Deutschland auch ein starker wirtschaftlicher Grund, in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit eine politisch führende Rolle zu übernehmen. Mehr als in den meisten EU-Ländern hängt der Wohlstand in Deutschland vom Handel ab: Ein- und Ausfuhr stellen über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dar. Die Rolle der Entwicklungsländer als Exportmärkte für deutsche Unternehmen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Daher hat Deutschland ein klares Interesse an einem geordneten, geregelten, multilateralen Handelssystem.

Ferner sollte Deutschland daran gelegen sein, Führungsstärke zu zeigen. Während die Debatte über UNO-Reformen an Intensität gewinnt, ist Deutschland bestrebt, im Sicherheitsrat vertreten zu sein. Das Argument für einen Sitz im Sicherheitsrat kann nicht besser legitimiert werden als durch die Übernahme einer Führungsrolle im Namen der Armen dieser Welt, angefangen mit einem Programm zur Förderung der Millennium-Entwicklungsziele. Ein solches Programm würde nicht nur entscheidend zur Abschaffung extremer Armut beitragen, sondern auch dazu führen, dass der Europäischen Union eine wichtigere Rolle in der internationalen Zusammenarbeit zuwächst – gerade auch als Gegengewicht zu den USA und Japan.

Entwicklungszusammenarbeit neu gestalten

Die Entwicklungshilfe ist einer der Schlüssel zum Fortschritt bei der Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele. Um die selbst gesteckten Entwicklungsziele zu erreichen, müssten die OECD-Staaten ihre für 2006 vorgesehene Entwicklungshilfe um etwa 40 Mrd. US-Dollar erhöhen.¹¹ In den Folgejahren ist eine wachsende Lücke zu erwarten. Selbst mit intensivierten Bemühungen zur Schaffung neuer Finanzquellen können die Industriestaaten, die in der Entwicklungsfinanzierung am weitesten hinterherhinken, die Finanzierungslücke zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele nicht füllen. Deutlich gesagt: Die Millennium-Entwicklungsziele werden scheitern, wenn die Entwicklungshilfe nicht erhöht und keine entsprechenden neuen nationalen Strategien zur Armutsbekämpfung verabschiedet werden.

Die Entwicklungshilfe ist international weit von dem Ziel entfernt, 0,7 % der nationalen Wirtschaftskraft der Industriestaaten der internationalen Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Reiche Länder geben derzeit nur 0,25 % des BIP für die Entwicklungshilfe aus.¹² Dies stellt zwar eine klare Verbesserung gegenüber dem Stand des Jahres 1997 dar, liegt aber immer noch weit unter dem Niveau von 1990. Ende der 70er Jahre gab Deutschland 0,44 % des BIP für Entwicklungshilfe aus und stand auf dem siebten Platz der weltweiten Geberlisten. Heute liegt die Quote bei 0,23 %, und Deutschland ist auf den 17. Platz abgesackt, nur vier Plätze vom unteren Ende der Liste der Geberländer entfernt.¹³

Betrachtet man statt der Menge der deutschen Entwicklungshilfe ihre Qualität, so ergibt sich ein positiveres Bild. Auf jeden Fall hat Deutschland eines der innovativsten Hilfsprogramme unter den größeren Geberländern, und in einigen wichtigen Bereichen übertrifft es die meisten anderen Geberländer. So spielt Deutschland eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Sozialversicherungsprogrammen in der Dritten Welt. In Sambia wurden diese Programme als gezielte Entwicklungshilfe in den städtischen Armenvierteln gestartet; sie werden nun ausgeweitet und verbessert. In Indien, auf den Philippinen und in Kenia ist Deutschland maßgeblich an der Entwicklung von Krankenversicherungsplänen beteiligt, die den Menschen am äußersten Rand der Gesellschaft elementare Dienstleistungen und Behandlungen anbieten. All dies sind innovative Interventionen, die das Leben der ärmsten Menschen entscheidend verbessern.

Nicht alle Entwicklungshilfen sind kostengünstig. Ein hoher Anteil der weltweiten Entwicklungshilfe ist immer noch an den Kauf überteuerter und unpassender Waren und Dienstleistungen in Geberländern gebunden. Im Gegensatz zu einigen seiner EU-Partner hat Deutschland auch bei der Umwandlung von gebundener in ungebundene Entwicklungshilfe Fortschritte gemacht. Bei gebundener Entwicklungshilfe handelt es sich um eine Form der Zusammenarbeit, die effektiv eine Steuer auf Hilfszahlungen darstellt, die von armen Menschen

Das Argument für einen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat

Deutsche Entwicklungshilfe: unzureichende Menge, aber relativ hohe Qualität

Entwicklungshilfe manchmal für den falschen Zweck!

¹⁰ So urteilte auch Bundeskanzler Schröder bereits am 29. Oktober 2002: „Heute kann Sicherheit weniger als je zuvor mit militärischen Mitteln erreicht werden, und sicherlich nicht allein mit militärischen Mitteln. In einer immer enger zusammenrückenden Welt werden wir keine Sicherheit haben, wenn wir aufkommende Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Unterentwicklung zulassen.“

¹¹ UN Millennium Project „Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals“. New York 2005.

¹² Berechnungen des HDRO auf der Basis des DAC Journal Development Co-operation Report 2004, Vol. 6, No. 1/2005 sowie des Hintergrundpapiers „Development Initiatives and Aid Data“ für den „Human Development Report 2005“.

¹³ DAC/OECD, www.oecd.org/dataoecd/50/17/5037721.htm, Stand April 2005.

in armen Ländern getragen wird und privaten Unternehmen in dem jeweiligen reichen Geberland zugute kommt.

Die höheren Kosten für Waren und Dienstleistungen in Verbindung mit der gebundenen Entwicklungshilfe stellen für die Entwicklungsländer Kosten in Höhe von 5 bis 7 Mrd. US-Dollar pro Jahr dar.¹⁴ Gemäß dem Entwicklungshilfeausschuss (DAC) der OECD waren im Jahre 2003 76 % der deutschen Entwicklungshilfe ungebunden im Vergleich zu 43 % für den Zeitraum 1999 bis 2001. Ziel sollte es sein, die Quote der ungebundenen Hilfe für Deutschland nochmals deutlich zu erhöhen, um so mehr Effizienz und Wirkung zu entfalten.

Wenn Deutschland eine weltweit führende Rolle in der Entwicklungspolitik übernehmen möchte, müsste es auf der bestehenden Grundlage aufbauen und gleichzeitig, wie versprochen, die Menge der deutschen Entwicklungshilfe weiter erhöhen. Ein Weg, Führungsqualitäten zu zeigen, bestünde für die Bundesregierung darin, das kürzlich verabschiedete EU-Ziel, bis 2010 mindestens 0,51 % und im Durchschnitt 0,56 % ihres BIP für Entwicklungshilfe auszugeben, vorrangig umzusetzen.¹⁵ Ein positives Vorzeichen für einen derartigen Plan ist der jährliche Anstieg der deutschen Entwicklungshilfe seit 1999, nach fast 20 Jahren eines ste-

tigen Falls der Entwicklungshilfe am BIP (Abbildung 4).

Eine derart aktivere Position bezüglich des Volumens der Entwicklungshilfe würde es Deutschland ermöglichen, ein stärkeres Mitspracherecht bei Debatten über die Verbesserung der Qualität der Entwicklungshilfe in Anspruch zu nehmen. Dies ist besonders wichtig, um die 50 Zusagen in der Pariser Deklaration zur effektiveren Entwicklungszusammenarbeit und Harmonisierung vom März 2005 Realität werden zu lassen.

Zwar sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurzeit für Deutschland schwierig, allerdings könnte die finanzpolitische Belastung durch die Ausweitung der Entwicklungshilfe verringert werden. Die von der britischen Regierung vorgeschlagene „International Financing Facility“ (IFF) ist eine Möglichkeit, das Ausgabenbudget für Entwicklungshilfe schnell und in voller Höhe auszuschöpfen, um den Fortschritt für die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele zu finanzieren, während einige der Budgetverbindlichkeiten durch die Ausgabe von Anleihen zukünftig erfüllt werden.

Eine andere Möglichkeit sind die alternativen Finanzierungsmethoden, die im Auftrag des französischen Präsidenten Jacques Chirac durch die Landau-Kommission geprüft worden sind. Natürlich könnte ein Fortschritt bei der Umsetzung dieser Vorschläge angesichts von US-amerikanischen Widerständen schwierig werden. Auf jeden Fall ist dies jedoch ein Bereich, in dem die EU mit der richtigen Führung an einem Strang ziehen könnte.

Ein weiteres Feld für gemeinsame entwicklungspolitische Führung ist eine größere Stimmigkeit zwischen den Richtlinien für Entwicklungshilfe und Schuldenerlass. Heute gilt als allgemein anerkannt, dass die HIPC-Initiative (*Highly Indebted Poor Countries*) nicht funktioniert. Das Finden von Lösungen für die Probleme hat sich jedoch als schwieriger erwiesen als die Feststellung der Probleme selbst. Langwierige Diskussionen über die Finanzierung multilateraler Schuldenerlasse, die zukünftige Rolle der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) und die angemessene Rolle der IWF-Mittel führten zu einem Stillstand.

¹⁴ Berichte für die High-Level DAC Treffen „Implementing the 2001 DAC Recommendations on Untying Official Development Assistance to the Least Developed Countries 2004 Progress Report“ (2004) und „Implementing the 2001 DAC Recommendations on Untying Official Development Assistance to the Least Developed Countries 2005 Progress Report“ (März 2005).

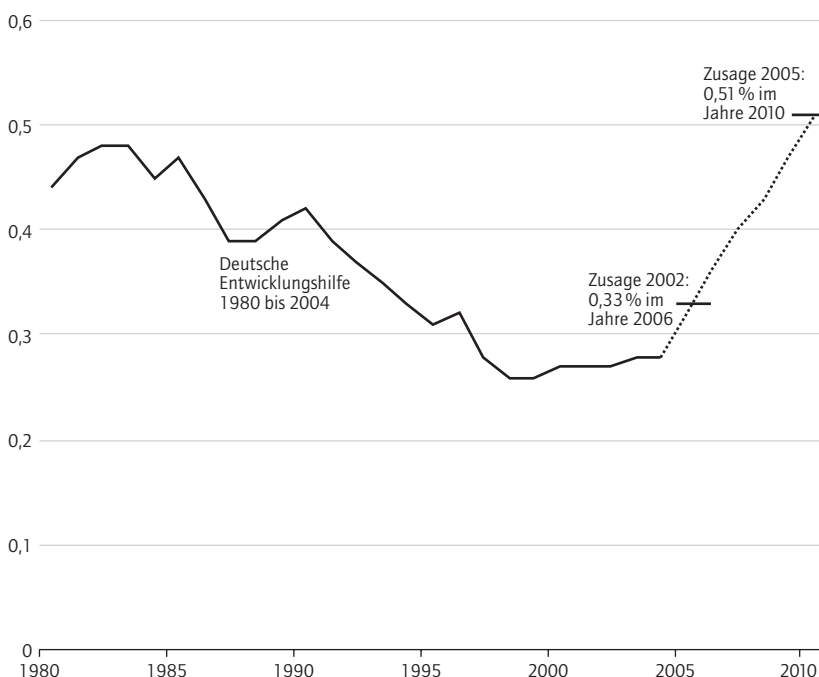
¹⁵ Council of the European Union: External Relations Council. Council Conclusions: Accelerating Progress Towards Achieving the Millennium Development Goals. Brüssel 2005 (www.eu2005.lu/en/actualites/conseil/2005/05/23cagere/milldego.pdf, Stand 24. Mai 2005).

Millennium-Entwicklungsziele scheitern ohne eine Erhöhung der Entwicklungshilfe

Abbildung 4

Deutsche Entwicklungshilfe – Weitere Erhöhung erforderlich, um EU-Ziele zu erreichen

Entwicklungshilfe in % des BIP



Quelle: OECD DAC Online-Datenbank.

HDRO & DIW Berlin 2005

Dieser Stillstand muss dieses Jahr gebrochen werden, wenn das Projekt Millennium-Entwicklungsziele von den Fesseln der massiven Verschuldung befreit werden soll. Dazu sollte Deutschland die Initiative ergreifen und sich für den vollständigen Erlass der multilateralen Verschuldung der HIPC stark machen. Im Vorfeld zum G 8-Gipfel 2005 besteht die Möglichkeit, diese Führungsqualitäten zu demonstrieren.

Der Welthandel und die Doha-Runde

Die Verhandlungen über die Doha-Runde der Welt Handelsorganisation, die sog. Entwicklungsrunde, befinden sich nun im vierten Jahr. Im Dezember 2005 wird die Ministerkonferenz in Hongkong eine Vielzahl fachlicher Fragen besprechen und eine Entscheidung bezüglich einer sehr unfachlichen Frage treffen. Diese Frage ist, ob die Doha-Runde als verpasste Gelegenheit, die Globalisierung mit der Armutsreduzierung zu versöhnen, in die Geschichte eingehen wird. Ein Scheitern der Doha-Runde wäre ein Rückschlag für den Welthandel, für die weltweite Armutsreduzierung und für den Multilateralismus.

Die bisherigen Fortschritte in der Doha-Runde waren bisher sehr bescheiden. Dies gilt insbesondere für Problembereiche der Entwicklungsländer. Die Herausforderung in den Monaten bis zur Ministerkonferenz besteht darin, eine Plattform für tatsächliche, greifbare Fortschritte in der nächsten Phase der Verhandlungen zu schaffen.

Wichtigster Punkt der Agenda ist die Landwirtschaft. In der letzten Runde der Welthandelsgespräche – der Uruguay-Runde – versprachen die nördlichen Regierungen, die landwirtschaftlichen Subventionen gegenüber den im Zeitraum 1986 bis 1988 herrschenden Beträgen zu reduzieren. Stattdessen haben sie die Subventionen erhöht. Auf der Grundlage des PSE-Wertes (*Producer Support Estimate*) der OECD wurden im Jahre 2003 257 Mrd. US-Dollar in die landwirtschaftliche Produktion geleitet, wobei diese Zahl unter Berücksichtigung der gesamten Subventionen auf 350 Mrd. US-Dollar steigt.¹⁶

Reiche Länder geben gegenwärtig etwas mehr als 1 Mrd. US-Dollar *pro Jahr* für die Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft in armen Ländern aus und knapp 1 Mrd. US-Dollar *pro Tag* für die Subventionierung der eigenen Landwirtschaft. Die meisten Subventionen gehen an die reichsten Landwirte in der reichen Welt und an riesige Großunternehmen in der Agrarindustrie statt an kleine Produzenten.

Die landwirtschaftlichen Subventionen in den reichen Ländern schaden den kleinen Produzenten und Landarbeitern in den armen Ländern. Während die Hilfsmodelle von Land zu Land und Bereich zu Bereich unterschiedlich sind, führen sie alle zu einer Steigerung der Produktion, Reduzierung der Importe und Schaffung hoher Überschüsse für den Export. Das Ergebnis ist, dass die Preise weltweit sinken und der Marktanteil der Exporteure, die nicht subventionieren, beschränkt wird. Kleine Landwirte in Entwicklungsländern stehen aus mehreren Gründen als Verlierer da. Die Exporteure erhalten niedrigere Preise für ihre Produktion und werden aus den Märkten gedrängt. Gleichzeitig müssen sich inländische Nahrungsmittelhersteller dem Wettbewerb aus stark subventionierten Importen auf den nationalen Märkten anpassen, häufig mit ruinösen Folgen.

Von Mexiko bis Ghana belasten subventionierte, in reichen Ländern hergestellte landwirtschaftliche Produkte die Märkte vor Ort, zerstören Existenzen und schaffen eine künstliche Abhängigkeit von Importen. Anhand zweier Handelsgüter – Baumwolle und Zucker – können die Probleme exemplarisch aufgezeigt werden. In Westafrika waren etwa 2 bis 3 Mill. Haushalte, die Baumwolle produzierten, gezwungen, gegen den subventionierten Baumwolllexport aus den USA anzutreten, wodurch die Preise weltweit um 10 bis 20 % gedrückt wurden. In der Zuckerindustrie zahlt die EU den Produzenten den vier- bis fünffachen Weltmarktpreis und wirft dann 4 Mill. Tonnen Überschuss auf die Weltmärkte. Es stimmt zwar, dass die EU auch Zucker gemäß einem Vorzugshandelsabkommen importiert. Billigproduzenten in Afrika jedoch, z. B. in Mosambik, haben im Moment ein Importkontingent, das in etwa dem EU-Verbrauch für zwei Stunden entspricht.

Effektive WTO-Regeln könnten viele dieser Probleme lösen. Durch ein landwirtschaftliches Abkommen könnten landwirtschaftliche Subventionen reduziert, direkte und indirekte Exportsubventionen verboten und die Zölle reicher Länder – davon steigen einige auf Rekordhöhen von über 200% – reduziert werden. Bisher wurden in diesen wichtigen Fragen allerdings keine wirklichen Fortschritte erzielt.

Dasselbe gilt im Bereich Marktzugang. Gegenwärtig müssen sich die ärmsten Länder der Welt mit den höchsten tarifären Handelshemmnissen auseinander setzen. Der durchschnittliche Zoll auf Güter, die zwischen reichen Staaten und Entwicklungsländern gehandelt werden, beträgt etwa vier-

Die Doha-Runde: eine verpasste Chance?

EU-Agrarsubventionen schaden den Entwicklungsländern

Barrieren für Marktzugang

¹⁶ OECD: Agricultural Policies in OECD Countries at a Glance. Paris 2004.

mal so viel wie der durchschnittliche Zoll auf Güter, die zwischen den reichen Ländern untereinander gehandelt werden.¹⁷

Und auch dies beschreibt das Problem nur ungenügend. Arbeitsintensive, von armen Menschen hergestellte Handelsgüter unterliegen vielfach steigenden Zöllen. Der Zoll auf Importe von Bangladesch z. B. in die USA wurde auf ca. 15 % angehoben.

Nicht alle protektionistischen Maßnahmen sind so offensichtlich wie Zölle. Ein Beispiel sind die zahlreichen und schwer zu erfüllenden Voraussetzungen, unter denen sowohl die EU als auch die USA einigen Handelspartnern eine bevorzugte Behandlung zuteil werden lassen. Im Falle der EU bietet die Initiative „Everything But Arms“ („alles außer Waffen“) den ärmsten Entwicklungsländern zollfreien Zugang, sofern sie die Voraussetzungen der Übereinkommen über Ursprungsregeln erfüllen. Diese legen fest, welcher Anteil des Wertes eines exportierten Handelsgutes lokal generiert werden muss. Einige Länder sind nicht in der Lage, den festgelegten Voraussetzungen nachzukommen. Das gilt vor allem für Länder, die in die EU exportieren möchten. Theoretisch hat Bangladesch für Kleidungsstücke zollfreien Zugang,¹⁸ in der Praxis wird jedoch nur die Hälfte der Exporte für geeignet befunden.¹⁹

Der deutsche Beitrag für eine erfolgreiche Doha-Runde

Was kann von deutscher und europäischer Seite getan werden, um die Doha-Runde zu einer echten Entwicklungsrunde zu machen? Es ist eine Strategie mit zwei Elementen erforderlich. Das erste Element besteht darin, bald praktische Ergebnisse in einigen ausgewählten Bereichen zu erreichen, wobei die Landwirtschaft und der Marktzugang absoluten Vorrang haben.

Im Falle der Landwirtschaft sollte ein Abkommen Folgendes beinhalten:

- ein umfassendes Verbot aller direkten und indirekten Exportsubventionen bis zum Ende des Jahres 2006;
- bedeutende Kürzungen der landwirtschaftlichen Subventionen;
- Zollsenkungen;
- Bestimmungen, die es Entwicklungsländern ermöglichen, arme Produzenten zur Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit zu schützen.

Ebenso wie die USA verschließt sich die EU gegenüber einem solchen Abkommen. Viel wurde über das neue CAP-Reformpaket gesprochen. Dies ist jedoch ein Paket, das gesteigerte Ausgaben und eine geringfügige Kürzung der Produzentensubventionen vorsieht und – gemäß der OECD – einen nur unerheblichen Einfluss auf die Produktionsstruktur haben wird. Europäische Entscheidungsträger verteidigen ihre Reformen mit der Begründung, dass sie den Anteil an den Subventionen erhöhen werden, ohne die Märkte zu stören. Dafür gibt es keine eindeutigen Beweise. Auf jeden Fall machte die Marktpreisunterstützung zwischen 2001 und 2003 immer noch zwei Drittel der gesamten Subventionen aus.

Mit Deutschland in einer Führungsrolle könnte die CAP-Reform in eine positivere Richtung gesteuert und gleichzeitig die Tür für eine konstruktivere Rolle der EU in der Doha-Runde geöffnet werden. Als absolute Prioritäten sollten gelten:

- die Wiederaufnahme der CAP-Reformgespräche;
- die Eliminierung aller EU-Zuckerexporte;
- ein verbesserter Marktzugang für die Entwicklungsländer und
- eine unilaterale Zusage, alle Exportsubventionen aufzuheben.

Bezüglich des Zugangs zu nichtlandwirtschaftlichen Märkten bestünde die beste Lösung darin, wenn reiche Länder eine einfache Formel anwenden würden, nach der eine Obergrenze für Importzölle in Höhe von beispielsweise dem Dreifachen des durchschnittlichen Zolls festgelegt wird. Ferner muss Europa seine Politik der Marktzugangsschranken für Entwicklungsländer überdenken.

Die Liberalisierung des Importwesens ist als Teil einer umfassenden Entwicklungsstrategie sinnvoll, sofern die Regierungen den Spielraum haben, auf eine schrittweise und geregelte Art und Weise zu agieren. Das Risiko dabei besteht darin, dass WTO-Richtlinien dafür eingesetzt werden, Zollkürzungen einzuführen, die den Entwicklungsanforderungen der armen Länder nicht entsprechen. Auch hier

¹⁷ Berechnungen des HDRO auf der Basis der United States International Trade Commission. New York 2005 (www.usitc.gov).

¹⁸ Mlachila Montfort und Yang Yongzheng: The End of Textiles Quotas: A Case Study of the Impact on Bangladesh. IMF Working Paper No. 04/108. Washington, D.C. 2004.

¹⁹ Durch das Auslaufen des Multifaserabkommens (MFA) wurden Länder wie Bangladesch einem immer intensiveren Wettbewerb von Seiten kostengünstigerer Exporteure wie China und Indien ausgesetzt. Über 1 Million Arbeitsplätze sind gefährdet. Ironischerweise jedoch wurde der schwachen Position von Ländern wie Bangladesch weit weniger Aufmerksamkeit gezollt als den von der Bekleidungsindustrie in der EU und den USA geltend gemachten Ansprüchen.

1 Mrd. US-Dollar pro Tag Agrar-subventionen in OECD-Staaten

Noch zu viele Handelsbeschränkungen in der Praxis

könnte Deutschland innerhalb der EU eine führende Rolle bei der Festlegung eines neuen Kurses in den WTO-Verhandlungen übernehmen.

Nationale und menschliche Sicherheit

Fünfzehn Jahre nachdem das Ende des Kalten Krieges eine neue Ära des Friedens einzuläuten schien, stehen Sicherheitsfragen wieder ganz oben auf der internationalen Agenda. Für die Regierungen der Industriestaaten konzentrieren sich diese Angelegenheiten auf die sehr reale Bedrohung des globalen Terrorismus und des organisierten Verbrechens. Die Bedrohung durch gewalttätige Konflikte ist vor allem in den Entwicklungsländern aktuell.

Mit der Gründung der Vereinten Nationen vor 60 Jahren sollte eine institutionelle Struktur geschaffen werden, durch die Konflikte *zwischen* den Staaten gelöst bzw. vermieden werden sollten. Heute hat sich das Wesen von bewaffneten Konflikten fundamental geändert: Die gewaltträchtigsten Konflikte finden meist *innerhalb* eines Landes statt, nicht zwischen zwei Ländern – und die meisten Opfer sind eher indirekt von Gewalt betroffene Zivilpersonen. Die im sudanesischen Darfur Sudan vertriebenen 1 Million Menschen sind bekanntlich nicht die einzigen Konfliktopfer des Jahres 2005.

Gewalt und Konflikte stellen allein schon wichtige politische Herausforderungen dar. Konflikte verursachen außerdem massive wirtschaftliche und humanitäre Herausforderungen, z. B. durch Kapitalzerstörung und Unsicherheit sowie durch Flucht und Krieg bedingte Krankheiten. Jedoch übersteigen die indirekten Verluste die direkten Opfer bei weitem. In 22 von den 32 Ländern mit der weltweit geringsten menschlichen Entwicklung (laut dem UNDP Human Development Index) gab es zu irgendeinem Zeitpunkt im vergangenen Jahrzehnt bewaffnete Konflikte.²⁰ Ferner ergab eine Berechnung des HDRO für 2015, dass viele der Länder, die von den Millennium-Entwicklungszielen am weitesten entfernt sind, besonders zu Konflikten neigen. Die massenhafte Ausübung nicht legitimer Gewalt führt jenseits der Zerstörung von Gesundheit und Leben zur Zerstörung des Bildungswesens, des Gesundheitswesens sowie – in erheblichem Maße – des wirtschaftlichen und sozialen Vertrauens, auf dem eine demokratische Wirtschaft aufbauen muss.

Krisenprävention ist besser – und kostet weniger Menschenleben und Geld – als nachträgliche Wiedergutmachungs- und Wiederaufbaumaßnahmen. Konflikte entwickeln typischerweise eine tödliche Eigendynamik mit schwersten Nebenwirkungen für die Ärmsten eines Landes. Im Gegenzug gehört

die Bekämpfung der Armut zu den effektivsten Krisenpräventionsstrategien.

Die vier Punkte, die zur Stärkung der gemeinsamen, entwicklungsrelevanten Sicherheit auf internationaler Ebene vorrangig behandelt werden sollten, beinhalten:

- die Kontrolle von Handfeuerwaffen;
- die internationale Regulierung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen;
- die Unterstützung regionaler Kapazitäten zur Friedensprävention und -erhaltung, insbesondere einer afrikanischen Friedenstruppe; und
- die Anwendung integrierter Wiederaufbaumethoden.

Weltweit gibt es ca. 639 Mill. Handfeuerwaffen, die zu fast einer halben Million Todesfälle pro Jahr führen; dies sind bei weitem mehr als die 25 000 jährlichen Landminenopfer.²¹ Es gibt jedoch kein international verbindliches Abkommen zur Kontrolle der Verbreitung von Handfeuerwaffen. Die Tatsache, dass sie so leicht erhältlich sind, ist einer der wichtigsten Gründe sowohl für die wachsende Intensität von Konflikten als auch für ihr hartnäckiges Fortbestehen. Auch in der Zeit nach einem Konflikt trägt eine nur teilweise Demobilisierung zum Fortbestand der Unsicherheit und zur Entstehung krimineller Gruppen bei. Von Afghanistan über Liberia und Haiti bis Kolumbien haben Handfeuerwaffen immer wieder zu Gewalt und Unsicherheit geführt.

Durch verschiedene jüngere Initiativen²² wurde versucht, das Problem sowohl von der Nachfrageseite als auch von der Angebotsseite anzugehen. Viele dieser Abkommen sind jedoch nicht rechtsverbindlich, konzentrieren sich nur auf den illegalen Handel (ohne den staatlich genehmigten Transfer zu regulieren) und bieten keine Lösung für das Problem der hohen Anzahl an verschiedenen Lieferquellen, die alle Abkommen auf regionaler Ebene missachten. Nur durch ein umfassendes internationales Abkommen mit effektiven Durchsetzungsmethoden kann der globale Waffenhandel kontrolliert und die

Die meisten Opfer von gewalttätigen Konflikten sind Zivilpersonen

Politische Herausforderungen in Krisenregionen: Unkontrollierte Waffenmärkte

²⁰ Human Development Report, a. a. O., Tabellen; Håvard Strand, Lars Wilhelmssen und Nils Petter Gleditsch: Armed Conflict Data Project 2004: Armed Conflict Database Codebook. International Peace Research Institute. Oslo 2004.

²¹ The Small Arms Survey: Small Arms Survey 2002: Counting the Human Cost. Oxford 2002.

²² Diese beinhalten das ECOWAS-Moratorium von 1998, das Protokoll zur Vermeidung und Kontrolle der Verbreitung von Waffen von 2004 (unterzeichnet von Regierungen am Horn von Afrika und der Great Lakes Region), den EU-Verhaltenskodex für Waffentransfer, die von 33 Nationen unterzeichnete Wassenaar-Vereinbarung und schließlich das UN-Protokoll von 2001 gegen illegalen Waffenhandel.

Bedeutung eines der wichtigsten Faktoren, die Gewaltkonflikte fördern, verringert werden.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die unregelmäßige Ausbeutung natürlicher Ressourcen, mit deren Einnahmen sich sowohl Regierungen als auch Rebellen Gruppen finanzieren. Nachbarländer, Rebellen Gruppen und staatlich finanzierte Milizen tragen alle dazu bei, den Konflikt zu verlängern. Bezüglich eines speziellen Rohstoffes konnte weitgehende Abhilfe geschaffen werden: Im Rahmen des sog. Kimberley-Prozesses wurden über 99 % der Rohdiamanten weltweit zertifiziert. Dieses erfolgreiche Modell übernimmt die EU nun für die Regulierung des globalen Holzhandels.²³

Aber die Regierungen tragen nicht die alleinige Verantwortung; transnationale Unternehmen spielen aufgrund ihrer Schmiergeldzahlungen an Regierungsbeamte ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Initiative für Transparenz in der Rohstoffindustrie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sie ist jedoch auch nur eine freiwillige Initiative und bietet keine Anreize für einzelne Unternehmen, ethische Vorgehensweisen zu übernehmen, wenn ihre Konkurrenten dies nicht tun. Forderungen nach stärkeren multilateralen Abkommen, die strenge Richtlinien für die Vorgehensweisen der Unternehmen enthalten, sind nicht utopisch. Sie sind lediglich eine Ausweitung der Normen, die in den Industrieländern bei Unternehmen, die jeweils auf ihren nationalen Märkten tätig sind, vorausgesetzt werden.

Die Kombination aus durchlässigen Grenzen, nicht regulierter Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Verbreitung von Waffen zieht einen hohen Bedarf an Interventionen zur Krisenprävention und -lösung auf regionaler Ebene nach sich. Aber auch wenn der politische Wille vorhanden ist, kann der Mangel an Ressourcen effektive Maßnahmen rasch einschränken. Ohne angemessene finanzielle Unterstützung mussten sich z. B. Mitte der 90er Jahre viele Länder von den ECOWAS-Friedensinterventionen zurückziehen. Ein von der Organisation für Afrikanische Einheit begründeter Friedensfonds konnte zwischen 1996 und 2001 nur 1 Mill. US-Dollar pro Jahr beschaffen. Die Charta der Afrikanischen Union gewährt das Recht der Intervention unter bestimmten Umständen, z. B. „Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Angesichts der Tatsache, dass im vergangenen Jahr weniger als 300 Mitglieder der Friedenstruppe zum Polizeieinsatz nach Darfur geschickt wurden, tritt die riesige Kluft zwischen politischem Willen und verfügbaren Ressourcen so deutlich zutage, dass sie nicht mehr ignoriert werden kann. Die Finanzierung und Ausbildung einer 15 000 Mann

starken afrikanischen Eingreiftruppe könnte die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass sich Konflikte nicht zu humanitären Katastrophen entwickeln.

Knapp die Hälfte aller Länder, die einen Bürgerkrieg hinter sich haben, startet innerhalb von wenigen Jahren einen erneuten Konflikt. Deshalb ist der Wiederaufbau von kriegszerstörten Ländern eine Investition in die Krisenprävention.

Bei einer wachsenden Anzahl an internationalen Interventionen (sowohl durch die UNO als auch durch andere Akteure) wurde in den 90er Jahren nach der Lösung von Konflikten auch eine wachsende Anzahl an Regierungsgewalten übernommen. Der Mangel an strategischer Klarheit für die Aufgaben und die Probleme der Koordination der Institutionen und der Stimmigkeit zwischen den Richtlinien hat jedoch zur ungenügenden und unvorhersehbaren Finanzierung der Wiederaufbaumaßnahmen beigetragen. In vielen Fällen haben parallele Institutionen Grunddienste erbracht, allerdings ohne eine staatliche Autorität zu schaffen. In anderen Fällen wiederum wurde die Vorrangigkeit des Schutzes der Zivilbevölkerung wegen beschränkter Mittel zur Finanzierung von Polizei und deren Ausbildung zurückgestellt.

Die jüngsten Erfahrungen zeigen hingegen einen wachsenden Trend zu integrierten Missionen, bei denen Friedens-, Entwicklungs- und humanitäre Organisationen Hand in Hand arbeiten. Diese ersten Schritte bedürfen größerer internationaler Unterstützung, vor allem durch die Begründung eines Fonds für Friedenskonsolidierung, gemäß dem Vorschlag des Generalsekretärs in seinem jüngsten Reformentwurf „In größerer Freiheit“. Letztendlich muss jeder wirtschaftliche Wiederaufbau mit dem Ziel verfolgt werden, die unterschiedlichen Konfliktursachen durch entsprechende Entwicklung, wirtschaftliche Diversifizierung und gestärkte demokratische Institutionen zu entschärfen.

Fazit

In einer globalisierten Welt sind die massiven wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Entwicklungsländer eine gemeinsame globale Herausforderung. Für die reichen Geberländer ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, das nächste Jahrzehnt zu einem echten Entwicklungsjahrzehnt zu machen, um die Millennium-Entwicklungsziele noch erreichen zu können.

²³ The Kimberley Process: Chair's Report to Plenary. Gatineau, Kanada, Oktober 2004 (www.kimberleyprocess.com:8080/site/www_docs/plenary_meetings20/chair_report_to_plenary.pdf).

Deutschland hat sowohl ein eigenes Interesse als auch die Kapazitäten, eine internationale Führungsrolle bei der Bekämpfung von Armut zu übernehmen. Ein aktiveres Engagement bezüglich des Volumens und der Qualität der Entwicklungshilfe würde es Deutschland ermöglichen, ein stärkeres Mitspracherecht in der internationalen Entwicklungspolitik sowie bei den Vereinten Nationen in Anspruch zu nehmen.

Der deutsche und der europäische Beitrag zur Gestaltung eines entwicklungsorientierten Welthandelssystems sind für die Erreichung der Millenniumsziele ebenfalls wichtig. Die Doha-Runde

kann dann noch zu einer Entwicklungsrunde werden, wenn die Industriestaaten zu echten Reformen bereit sind.

Krisenprävention und der Wiederaufbau kriegszerstörter Entwicklungsländer tragen ebenfalls zur Armutsreduzierung und weltweiten Friedenssicherung bei. Auch hierbei kann Deutschland glaubwürdig einen Beitrag leisten. Wichtige Maßnahmen beinhalten die Unterstützung wirksamer Abkommen zur Eindämmung des Kleinwaffenhandels, die Kontrolle von Firmen in Konfliktregionen sowie die Unterstützung des Wiederaufbaus in armen Ländern.



Das DIW Berlin schenkt Ihnen den „Weekly Report“

Das DIW Berlin schenkt Ihnen im Juni 2005 ein Exemplar des „Weekly Report“ zur Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005. Wir möchten Ihnen damit die Möglichkeit geben, die neue Online-Publikation des DIW Berlin kostenlos kennen zu lernen.

Der „Weekly Report“ enthält ausgewählte Artikel aus dem Wochenbericht des DIW Berlin in englischer Sprache und informiert knapp und verständlich über die aktuellen Ergebnisse der Wirtschaftsforschung. Er wendet sich an Entscheidungsträger aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Administration sowie an alle Personen, die sich für wirtschafts- und sozialpolitische Fragestellungen interessieren.

Das DIW Berlin möchte mit den ausgewählten übersetzten Artikeln dazu beitragen, die Forschungsergebnisse der Wirtschaftswissenschaft stärker in die internationale wirtschaftspolitische Diskussion einzubringen. Das Themenspektrum umfasst die Arbeit aller Forschungsabteilungen des DIW Berlin.

In der aktuellen Ausgabe geht es um die Beurteilung der Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005.

Das kostenlose Exemplar des „Weekly Report“ können Sie auf der Website des DIW Berlin bestellen:

www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/weeklyreport/wr_testen.jsp

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent./min.

Abo-Betreuung durch
Abonnenten Service Center GmbH
Geschäftsführer: Heinz-Jürgen Koch
Marlener Str. 4
77656 Offenburg

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. MwSt. und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin